



» WIR STEHEN ALLEINE DA.«



#EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken
Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle –
Unterstützungsangebote für die Betroffenen

IMPRESSUM

Herausgeber_innen: Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), Gleimstraße 31, 10437 Berlin, Telefon: 030 817 985 818, info@vdk-berlin.de

V.i.S.d.P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.

Redaktion: Benjamin Steinitz, Mathias Wörsching

Lektorat: Frank Engster

Layout: Novamondo Design / www.novamondo.de

Druck: hinkelsteindruck / www.hinkelstein-druck.de

Bildnachweis: Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, beim VDK e.V.: Titelblatt: Eröffnungsveranstaltung der European Maccabi Games 2015; Jessica Brauner / EMG

RIAS ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie. Vielfalt.Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.« und durch die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt.

1. Auflage, 2015

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2015 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Gender_Gap Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die von den externen Autor_innen vorgenommenen Schreibweisen wurden beibehalten.

INHALT

03

GRUSSWORT

Michael Whine

05

VORWORT

Anne Benzing

09

ANTISEMITISMUS IN EINER TOLLEN STADT

Anetta Kahane

16

WAHRNEHMUNGEN UND ERFAHRUNGEN BERLINER JÜDINNEN UND JUDEN EINE BEFRAGUNG

Benjamin Steinitz

30

DAS PROJEKT »RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS BERLIN (RIAS)«

33

ANTISEMITISMUS ALS INDIVIDUELLE ERFAHRUNG UND SOZIALES PHÄNOMEN

Marina Chernivsky

39

SICH SOLIDARISIEREN ODER: EIN WUNSCHKONZERT

Pasquale Virginie Rotter

48

SERVICETEIL

GRUSSWORT

Michael Whine

Community Security Trust
(Großbritannien)

(Übersetzung: Sebastian Mohr)



Die Etablierung des VDK-Projekts zur Erfassung antisemitischer Vorfälle in Berlin ist erfreulich und längst überfällig.

Deutschland gehört zu den europäischen Staaten, die weiterhin keine aufgeschlüsselten Daten von Hassverbrechen bereitstellen, obwohl europäische Behörden dies wiederholt von der Bundesregierung forderten. Um diesen staatlich verschuldeten Missstand zu beheben und zugleich die notwendigen Hintergrundinformationen zu Meldungen von Hassverbrechen zur Verfügung zu stellen, ermutigen die »Europäische Grundrechtsbehörde« (FRA) und die »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (OSZE) zivilgesellschaftliche Gruppen, die Datensätze staatlicher Behörden zu ergänzen: Für diese Aufgabe sind VDK e.V. und die »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin« (RIAS) bestens geeignet. Regierungen und ihre Strafverfolgungsbehörden benötigen solche Daten, um die Muster des Antisemitismus zu verstehen und ihn effektiver bekämpfen zu können. Die erhobenen Daten sollten detaillierte Informationen über die Opfer, nach Möglichkeit auch über die Täter, die Häufigkeit und das Motiv der Übergriffe enthalten, um damit die Entwicklung wirkungsvoller und einheitlicher Gegenstrategien zu ermöglichen. Die Veröffentlichung dieser Daten befähigt zivilgesellschaftliche Organisationen, staatliche Stellen zur Rechenschaft zu ziehen und ihre wichtigste Aufgabe wirksam durchzuführen: den Schutz ihrer Bürger_innen.

Durch die Zusammenarbeit mit jüdischen und anderen in der Bekämpfung von Hassverbrechen längst etablierten Organisationen sollte es RIAS möglich sein, auch solche Betroffene zu erreichen, die antisemitische Vorfälle ansonsten nicht melden würden. Durch die zusätzliche Möglichkeit, Betroffenen eine Opferberatung zu vermitteln, erweitert und verstärkt sich das Angebot von RIAS noch. Die Notwendigkeit dieses Angebots bestätigen Umfrageergebnisse, u.a. die der »Europäischen Grundrechtsbehörde« aus dem Jahr 2013, wonach eine Mehrheit der Opfer von Hassverbrechen diese nicht der Polizei meldet. Als Grund dafür wurde angeführt, dass die Betroffenen glauben, die Polizei würde nicht reagieren und die Gerichte

würden die Motive rassistischer Verbrechen verkennen und ihre Bestrafung versäumen, obwohl sie dazu nach Moral und Rechtsordnung eigentlich verpflichtet wären.

Regierungen sollten demnach zivilgesellschaftliche Bestrebungen willkommen heißen, da diese letztendlich die polizeilichen Bemühungen zur Erfassung und Bekämpfung des Antisemitismus ergänzen und verbessern. Die Praxis des »Third Party Reporting« wird mittlerweile in mehreren Staaten vonseiten der Polizei ermutigt. Dies gilt auch für Europäische Institutionen, die Schulungen für Nichtregierungsorganisationen finanzieren, um das Registrieren und Melden von Hassverbrechen nach den Standards der Strafjustiz zu ermöglichen.

Der »Community Security Trust« (CST) blickt auf eine zwanzigjährige Erfahrung beim Erfassen antisemitischer Vorfälle im Vereinigten Königreich zurück. Der CST gilt, dank der Förderung durch die Polizei, als Wegbereiter des »Third Party Reporting«. Diese Praxis erlaubt es dem CST, Anzeigen im Namen der Opfer von Hassverbrechen zu erstatten, falls dies von den Betroffenen gewünscht wird. Auf Anregung der britischen Polizei haben wir des Weiteren eine vertragliche Vereinbarung über den Austausch von Daten über antisemitische Vorfälle getroffen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass einige Betroffene sich der Polizei, andere sich wiederum ausschließlich jüdischen Organisationen anvertrauen. Durch den Abgleich detaillierter, jedoch zugleich anonymisierter Meldungen können die Polizei und wir auf derselben Datenbasis arbeiten.

Die Erfassung antisemitischer Vorfälle reagiert auf noch ein weiteres Problem: Jüdinnen und Juden in Europa werden hinsichtlich ihrer Sicherheit zu Recht zusehends nervöser. Dies geschieht sowohl vor dem Hintergrund eines wachsenden gewalttätigen Antisemitismus in den letzten Jahren als auch aufgrund der Bedrohung durch tödliche Terroranschläge salafistischer Dschihadisten. Nur wenn Staaten demonstrieren, dass sie diese Sorgen ernst nehmen und auch entsprechend konsequent handeln, können sie ihren jüdischen Bürger_innen versichern, dass sie sich um ihr Wohlergehen kümmern. Wir hoffen daher sehr, dass der »Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« und dessen Partnerorganisationen im Aufbau eines Melde- und Erfassungssystems für antisemitische Vorfälle Erfolg haben werden, und wir freuen uns darauf, RIAS auch in Zukunft beratend zur Seite zu stehen.

VORWORT



Anne Benzing

stellvertretende Geschäftsführung VDK e.V.

Bisher existiert in Berlin kaum Wissen darüber, wie sich Antisemitismus jenseits öffentlicher Diskurse konkret im Alltag der Berliner Juden und Jüdinnen auswirkt. Insbesondere Vorfälle, bei denen Jüd_innen als Personen oder jüdische Institutionen betroffen sind, werden in der Regel nur dann öffentlich, wenn massive Gewaltstraftaten vorliegen.

Der »Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.« sieht darin eines der Hauptthemnisse für ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus in Berlin. Vielen der gegen Rechtsextremismus Engagierten scheinen konkrete Ansatzpunkte für ein solches Engagement gegen Antisemitismus zu fehlen. Die Konsequenz ist, dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus meist eher auf das Appellieren an die historische Verantwortung hinausläuft und kaum als eine Aufgabe ernst genommen wird, die unmittelbar im Alltag der Berliner Jüdinnen und Juden ansetzen müsste.

Wie wichtig eine Sensibilisierung der Stadtöffentlichkeit und eine Solidarisierung mit Betroffenen durch alltägliches zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus für die Stadt Berlin sind, haben die Ereignisse im Sommer 2014 gezeigt, als es zu einer Welle anti-israelischer und antisemitischer Manifestationen kam. Sie führten auch zu körperlichen Angriffen auf Menschen, die entweder als Jüd_innen oder als solche, die sich mit Israel solidarisch zeigten, wahrgenommen wurden. Vor allem die bis zum Ende Juni 2014 von der Berliner Polizei nicht unterbundenen, aggressiv vorgetragenen antijüdischen Sprechchöre auf Demonstrationen zeigten eine neue Qualität des öffentlich artikulierten Antisemitismus. Diese Ereignisse und Berichte von geplanten und durchgeführten Anschlägen auf Synagogen in Essen und Wuppertal führten innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Berlins zu einer starken Verunsicherung, auch wegen des weitgehend ausgebliebenen Gegenprotests vonseiten der demokratischen Zivilgesellschaft.

Das Schweigen der demokratischen Akteure und das als zögerlich wahrgenommene Handeln des Rechtsstaates angesichts der antisemitischen

Parolen wurden von Teilen der jüdischen Gemeinschaft als eine mindestens ebenso besorgniserregende Tendenz wahrgenommen wie die Berichte über die Demonstrationen und Angriffe auf Personen und Einrichtungen selbst.

Vor diesem Hintergrund hat der VDK e.V. 2014 gemeinsam mit den jüdischen Gemeinschaften Berlins und in Kooperation mit der Berliner »Opferberatungsstelle ReachOut« erste Schritte unternommen, um eine systematische Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Berlin zu erreichen. Unter anderem hat der VDK e.V. in Kooperation mit der »Amadeu Antonio Stiftung« (AAS) eine Befragung von zehn Berliner Synagogen durchgeführt, deren Ergebnisse in dieser Publikation vorgestellt werden. 2015 wurde schließlich die »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin« mit dem Ziel gegründet, ein dichtes Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufzubauen. Der dabei vom VDK e.V. als nicht-jüdischer Organisation gewählte Ansatz, eng mit jüdischen und als jüdisch wahrgenommenen Institutionen zu kooperieren und darüber Vertrauen in die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Meldestelle aufzubauen, ist in Deutschland erstaunlicherweise bisher ebenso einzigartig wie die gewählten technischen Verfahrensweisen.

Bereits nach einem Jahr zeigen sich erste Erfolge des gewählten Zugangs: Die Zahl unmittelbar Betroffener und Zeug_innen, die antisemitische Vorfälle melden, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Auch wurden von ihnen zivilgesellschaftliche Unterstützungs- und Beratungsangebote der Berliner »Opferberatungsstelle ReachOut« und der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« (MBR) stärker als zuvor wahrgenommen. Mit der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« trägt der VDK e.V. seit nunmehr fast 15 Jahren sehr erfolgreich dazu bei, menschenverachtende Ideologien und rechtsextreme Phänomene durch die Beratung und Unterstützung der engagierten demokratischen Zivilgesellschaft in Berlin einzudämmen. Mit dem neuen Projekt RIAS hat der VDK e.V., so unsere Überzeugung, einen wichtigen Schritt getan, damit dies in Zukunft auch im Fall des Antisemitismus im Berliner Alltag besser gelingt.

Der VDK e.V. möchte diese Veröffentlichung auch dazu nutzen, jüdische Sichtweisen auf das Thema darzustellen, und er hat daher Gastautor_innen gebeten, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Aspekte des Themas aus jüdischer Perspektive zu beschreiben. Annetta Kahane, die Leiterin der »Amadeu Antonio Stiftung«, beleuchtet in ihrem Beitrag »Antisemitismus in einer tollen Stadt« eindrucksvoll, wie vielfältig jüdische Existenzen und Erfahrungswerte in Berlin (inzwischen wieder) geworden sind – aber und damit auch die Wahrnehmungen von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive. Dies wird ergänzt durch einen Beitrag von Marina Chernivsky, die sich aus wissenschaftlicher Perspektive mit der Bedeutung von Befragungen und Projekten auseinandersetzt, die individuelle Erfahrungen von jüdischen Betroffenen sichtbar machen.

Zu dem Anliegen des VDK e.V., Erfahrungen der jüdischen Minderheit in Berlin sichtbar zu machen, gehört auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie eine solidarische, über die Grenzen sich diversifizierender Communities hinausgehende Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus gelingen kann. Dieser Herausforderung stellt sich Pasquale Virginie Rotter in ihrem Beitrag »Sich solidarisieren oder: ein Wunschkonzert«, in dem sie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede Schwarzer und jüdischer Minderheitenpositionen in Deutschland aufzeigt.

September – Oktober, Alt-Mariendorf: Am U-Bahnhof Alt-Mariendorf und in der näheren Umgebung werden dutzende antisemitische Schmierereien angebracht.



ANTISEMITISMUS IN EINER TOLLEN STADT

Anetta Kahane



Berlin ist toll, Berlin ist eine Weltstadt und voller Vielfalt. Und in jeder Ecke Berlins riecht es nach Geschichte. Preußen, Deutschland, die Nationalsozialisten, Hitler, der Krieg, die Zerstörung, Aufbau, Vier-Mächte-Status, die SBZ, die DDR, die Mauer, der Osten, der Westen, Stasi und Hippies, die Insel der Seligen, Anstehen nach Kondensmilch, Berlin als die Mauer fiel, Berlin und Blümchentapete, Berliner Partys, Berlin und Gentrifizierung. Gestapo-Hauptquartier und gleich daneben Latte Macchiato. Stalinallee und veganer Supermarkt. Sehr cool und schauerlich, beides gehört zusammen. Mauern in Berlin-Mitte zeigen Einschusslöcher, und die Plattenbauten in Hellersdorf sind für Künstler gar nicht so übel. Die toten Juden dieser Stadt gehören unbedingt dazu. Stolpersteine, das Mahnmal zum Gruseln, Fotografieren und Verstecken und dann noch dieser wunderschöne jüdische Friedhof in Weißensee, besonders im Herbst, wenn die Blätter fallen. Er ist so dornröschenhaft ...

Berlin ist der perfekte Ort in Europa. Hier zeigt sich, wie Geschichte überwunden werden kann, wie sie Teil der globalen Popkultur wird. Berlin ist multikulturell, international, kosmopolitisch, Berlin ist Dorf und Großstadt, schön und hässlich zugleich. Was will man mehr?

Vor 1933 haben hier 165.000 Juden gelebt. Das stelle man sich vor! Überall waren sie, in den Arztpraxen, in den Kaufläden, in den Redaktionsstuben, in den Anwaltsbüros, Filmstudios, Fabriken, Kaufhäusern, in den Unis und in den Kaffeehäusern sowohl vor als auch hinter den Tresen. Charlottenburg, Mitte, Westend, Neukölln – da lebten sie mehr oder weniger religiös, mehr oder weniger arm, reich oder irgendwo dazwischen. Einige wollten so unbedingt dazugehören, dass sie sich taufen ließen, andere gingen in Synagogen, deren Gottesdienst dem christlichen sehr nahe kam. Und dann gab es noch die vielen Frommen, die Chassiden aus Osteuropa, die mit einer Traube Kinder an der Hand durchs Scheunenviertel eilten. Das alles gab es wirklich und nicht nur in der Vorstellung heutiger Coolness.

Nach dem Krieg waren nur noch wenige Hundert übrig. Wer konnte, war geflohen, wer nicht konnte oder wollte, endete meist in Auschwitz. Nur

einzelnen gelang es unterzutauchen, und noch weniger, auch zu überleben. Die jüdische Gemeinde nach dem Krieg bestand aus einem kleinen Haufen traumatisierter Menschen, viele von ihnen kamen aus Lagern und landeten schließlich in Berlin. Wer aus dem Exil zurückkehrte, hatte dafür sehr gute Gründe. Meist waren es Kommunisten oder andere Linke, die Deutschland im Osten als besseren Ort wieder aufbauen wollten. Die jüdischen Gemeinden im West- und im Ostteil der Stadt waren dazu verdammt, winzige Nischen inmitten eines zerstörten, von Tätern und Mitläufern bewohnten Landes zu sein, eine Zuflucht für die wenigen, die sich zum Judentum bekannten. Sie lebten in einer geteilten Stadt und versuchten, mit den Umständen und ihren Ängsten klar zu kommen. Beim Fall der Mauer gab es in Ostberlin in der jüdischen Gemeinde fast nur noch alte Leute, und im Westen war es nur wenig besser. Hier hatten sich wenigstens Familien eingerichtet, manche waren aus anderen Gegenden nach Berlin gezogen, darunter einige aus der Sowjetunion.

Der Runde Tisch der DDR und später die Volkskammer beschlossen noch vor der deutschen Einheit, Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion aufzunehmen. Die DDR im Umbruch wollte damit antisemitisch Verfolgten eine Zuflucht geben und sich durch diese Geste für die teilweise antisemitisch geprägte Politik der DDR entschuldigen. So kamen viele Juden nach Deutschland und nach Berlin. Im Einigungsvertrag war für Gesamtdeutschland keine Übernahme dieser Bestimmung vorgesehen. Deshalb wurde eine Länderinitiative angeregt, bei der die Innenminister beschlossen, das Gesetz der Volkskammer in einen Beschluss zur »Aufnahme von Kontingentflüchtlingen« abzuwandeln und so Juden weiterhin die Einreise zu ermöglichen. Dieser Beschluss änderte das Leben in den jüdischen Gemeinden. Aus den wenigen Hundert in Berlin wurden nach und nach Tausende. 120.000 waren es in ganz Deutschland, und davon etwa 13.000 in Berlin. Das ist viel, gemessen an dem übrig gebliebenen Grüppchen, aber wenig im Vergleich zu den 165.000 Berliner Juden vor dem Holocaust.

Wenn also heute von einer Renaissance des jüdischen Lebens gesprochen wird, so muss darauf hingewiesen werden, dass sie nur durch Einwanderung möglich war. Hört man manchen Politikern zu, hat man den Eindruck, das Wieder-Aufblühen jüdischen Lebens käme einer Art »Erholung des Bestandes« gleich und nicht der Einwanderung. Der Stolz, mit dem in Deutschland verkündet wird, dass Juden sich hier wieder ansiedeln und wohlfühlen, hat einen bitteren, ja üblen Beigeschmack, denn er zielt auf Rehabilitation in Sachen Judenhass. Und er schreibt sich einen Umstand zu, der nicht sein Verdienst ist. Dass Juden aus dem Osten nach Deutschland kamen, hat nicht die Bundesregierung beschlossen. Dass diese Juden dann auch dableiben, lag nicht etwa daran, dass Deutschland frei von Antisemitismus gewesen wäre, sondern daran, dass dieser in der ehemaligen Sowjetunion eben viel offener und brutaler auftrat. Der Stolz auf blühende Gemeinden ist also fehl am Platze. Der »Zentralrat der Juden« und die Gemeinden werden

2798

Türbereich
bitte freihalten

wenn der Wagen an der Spitze fährt



Verbandkasten
beim Fahrer

Juden Raus

↑ ↑
Menschenfeind

↓
Illuminati

Wacht auf



genauso gefördert wie andere anerkannte Religionsgemeinschaften auch, und die Staatsverträge mit den einzelnen Bundesländern, so auch mit Berlin, können nicht im mindesten den Verlust ausgleichen, den der deutsche Staat den Juden angetan hat; weder moralisch noch finanziell.

Die jüdische Gemeinde zu Berlin ist heute eine ganz andere, als sie es vor dem Holocaust war und anders auch als während des Kalten Krieges. Etwa 10.000 Mitglieder der heutigen Gemeinde sind aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion vor Antisemitismus geflohen und nach Berlin eingewandert. Es wird noch mindestens eine Generation dauern, bis die jüdische Gemeinde die belastenden Folgen von Holocaust und Stalinismus, von Krieg und Säuberungen überwunden haben wird. Normal zu sein, das ist für die Juden in Deutschland also noch immer keine Option, denn Normalität ist vor diesem Hintergrund schwer zu erreichen. Die Konflikte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Berlin sind dafür ein beredter Ausdruck.

Damit ist über die Entwicklung jüdischen Lebens in Berlin aber noch längst nicht alles gesagt. Hier leben nicht nur die Übriggebliebenen und Einwanderer: Inzwischen hat die Stadt auch viele andere Menschen angezogen, darunter auch Juden. Jüdische Künstler aus den USA, jüdische Geschäftsleute und sehr viele Israelis sind nach Berlin gekommen. Nach inoffiziellen Angaben leben etwa 20.000 Israelis in der Stadt. Viele von ihnen haben eine EU-Staatsbürgerschaft, andere Arbeitsvisa. Es sind meist junge Leute. Sie betreiben Gastronomie und Start-up-Unternehmen, studieren, sind Künstler oder Angestellte internationaler Firmen. Manche wollten nach Europa, weil ihnen Israels Politik missfällt, andere sind durchaus patriotisch. Manche sind vollkommen säkular und andere orthodox, manche engagieren sich in neuen, liberalen Synagogen, anderen ist ihre jüdische Identität vollkom-



28. November, U2 Richtung Pankow: Zwei sich auf Englisch unterhaltende Männer werden antisemitisch beschimpft und mit Essensresten beworfen.

men egal. Mit ihnen allen kommt ein anderes Stück jüdischer Diaspora-Geschichte nach Berlin, denn die meisten dieser Israelis haben Familien, die der Holocaust nach Israel gebracht hat. Berlin ist der Ort, der sie am meisten fasziniert, der ihnen Hoffnung macht, denn wo, wenn nicht in Berlin, ist ein so positiver historischer Umbruch besser zu erleben? Wenn nun insgesamt ca. 30.000 Juden in Berlin leben, kann es hier ja so furchtbar schlimm nicht sein, oder? Verglichen mit dem Nahen Osten ist es hier ruhig und im Vergleich zu anderen europäischen Städten relativ frei von Antisemitismus. Mit der Vielfalt jüdischer Existenzen in Berlin und mit ihren Erfahrungen nehmen indes auch die Wahrnehmungen von Antisemitismus zu. Insbesondere Teile der israelischen Community fordern die Sichtweisen der etablierten jüdischen Gemeinschaften auf Antisemitismus heraus.

Was ist das heute eigentlich: Antisemitismus? Weshalb beschäftigen wir uns heute überhaupt damit? Es gibt doch viele Formen von Hass auf Minderheiten, auch in Berlin. Geht es bei Antisemitismus nur um Erinnerung? Ein Antisemitismus wie der des Nationalsozialismus ist heute doch nicht mehr vorstellbar. Der Holocaust ist überwunden. Weshalb also sollten wir den Antisemitismus immer noch derart herausstellen, wo uns in Berlin andere Arten von Menschenfeindlichkeit umtreiben, die heute eine Rolle spielen, vielleicht sogar eine größere als der Antisemitismus für die 30.000 Juden? Rassismus zum Beispiel ist ein gewaltiges Problem, ebenso Feindschaft gegenüber Flüchtlingen und Minderheiten. In Deutschland leben nur wenige Juden, dafür aber Millionen Einwanderer oder People of Colour, die mit vielen Problemen in der deutschen Gesellschaft zu kämpfen haben und harten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Wieso also beanspruchen Juden mit dem Antisemitismus eine »Extrawurst«? Sind sie denn überhaupt noch diskriminiert? In Berlin?

Die Antwort ist schwer und leicht zugleich. Sie ist schwer, weil Antisemitismus weit mehr ist als bloß der Hass auf eine bestimmte Gruppe. Er ist ein ganzes Ideologiegebäude, mit dem sich mehr Menschen, als uns lieb ist, die Welt erklären. Grundsätzlich betrachtet war und bleibt der Antisemitismus eine Abwehr der Moderne, der Offenheit, des Kosmopolitischen oder, wie man heute sagen würde, der Globalisierung universeller Ideen. Universelle Menschenrechte, Liberalität, Flexibilität, Freiheit und größere internationale Durchlässigkeit – das sind Dinge, die als Erfindung der Juden gelten und deren negative Seiten nur ihnen gezielt zugeschrieben werden. Diese Zuschreibung gilt besonders für das Finanzkapital und den Prozess der Globalisierung. Hinter globalen Entwicklungen stünden, so behaupten Antisemiten, stets Juden mit bestimmten Interessen: Geld, Macht und Zerstörung – das sind antisemitische Stereotype, die durchgehend zu finden sind. Ob in der internationalen Politik oder in persönlichen Beziehungen, der Antisemitismus steckt in vielen Wertungen und Unterstellungen. Es mag mühsam sein, sich darüber klar zu werden, was diesen Antisemitismus jeweils im Einzelnen ausmacht, aber pauschal zu behaupten, es gebe keinen Antisemitismus mehr, ist zu einfach. Im Gegenteil, je internationaler und komplexer unsere Welt wird, desto mehr Menschen neigen zu antisemitischen Erklärungen. Also haben wir hier ein Problem.

Jetzt kommt der leichtere Teil der Antwort. Juden fühlen sich verletzt, wenn sie auf Antisemitismus treffen, wenn sie angegriffen, beschimpft und bespuckt werden. Besonders schwer zu ertragen ist es dann, wenn ihre Klage darüber abgetan und ihnen gesagt wird, sie sollen sich nicht so anstellen; wenn sie also nicht ernst genommen werden oder ihnen gar erklärt wird, das Geschehene sei gar kein Antisemitismus gewesen. So zeigt sich etwa die Polizei immer wieder unfähig, Ausdrucksformen des Israel-bezogenen Antisemitismus als solche zu benennen und gegen sie vorzugehen. Viele Juden berichten deshalb der Polizei oder der Öffentlichkeit nicht mehr über solche Vorfälle. Sie haben kein Vertrauen (mehr) in die Behörden und noch weniger in ein gesellschaftliches Klima, das ihre Wahrnehmungen infrage stellt und viel zu selten Zeichen der Solidarität und Anteilnahme setzt. Dieses Klima wird befördert durch eine Wissenschaft, die Juden als überempfindlich und übertreibend darstellt oder ihre Erfahrungen ignoriert; durch deutsche Gerichte, die den Vorwurf des Antisemitismus bestrafen, aber Angriffe auf Synagogen nicht als Antisemitismus beurteilen. Es wird des Weiteren befördert durch eine Haltung in Politik und Verwaltung, die ebenfalls den betroffenen Juden ihre Wahrnehmung abspricht und ihre Erfahrungen ignoriert. Dieses Klima ist fatal und reißt einen tiefen Graben. Auch aus diesem Grunde hat RIAS diese Dokumentation erstellt und ist auf die Betroffenen so zugegangen, dass sie bereit waren, aus ihrer Erfahrungswelt zu berichten. Sich gehasst zu fühlen für Eigenschaften, die zugeschrieben sind, oder für eine Macht, die man gar nicht hat, ist nicht nur nicht schön, es wirkt aufgrund der Konsequenzen, die zum Holocausts geführt haben, bedrohlich

und re-traumatisierend. Juden können nichts für den Antisemitismus. Egal wie sie sich verhalten, auf den Antisemiten macht das keinen Eindruck und bringt ihn nicht von seiner verschwörungstheoretischen Welterklärung ab. Deswegen ist der Grund für den Antisemitismus auch nicht bei den Juden zu finden, weder beim einzelnen Juden noch im Judentum insgesamt, sondern bei den Antisemiten.

Antisemitismus ist in Berlin leider weit verbreitet, da hilft es auch nichts, dass es in anderen Städten in und außerhalb Europas schlimmer sein mag. Auch Angriffe und Beschimpfungen werden nicht weniger schlimm, indem sie verglichen werden mit Anschlägen und vielen Toten anderswo. Berlin hat eine große arabische Community – viele ihrer Mitglieder kommen aus palästinensischen Flüchtlingslagern. Es gibt nicht wenige Anhänger der Hamas und auch der libanesischen Hisbollah, deren erklärtes Ziel die Vernichtung Israels und der Juden ist, zudem sind noch zahlreiche andere islamistische Gruppierungen und Strömungen in Berlin vertreten. Überhaupt ist der Antisemitismus ein Kernbestandteil der islamistischen Ideologie. Auch viele Jugendliche mit muslimischem Hintergrund, die nicht dem Islamismus anhängen, sind anfällig für antisemitische Deutungsmuster; mitunter finden sie im Antisemitismus ein Ventil für persönliche Probleme und soziale Frustrationen. Die meisten tätlichen Angriffe auf Juden in Berlin werden aus diesem Personenkreis heraus begangen. Das bedeutet aber keineswegs, dass allein sie zu Antisemitismus neigen – er ist auch unter Deutschen weit verbreitet. Es gibt also keinen Grund, auf Migranten mit dem Finger zu zeigen – die größte Verbreitung antisemitischer Einstellungen findet sich bei den Kindern und Enkeln der einstigen Täter. Egal, ob sie dafür eine Art Umwegkommunikation benutzen wie die, Israel die Schuld an allem zu geben, oder ob sie Verschwörungstheorien anhängen, die am Ende jedes Vorgangs, der mit Macht oder Geld zu tun hat, einen Rothschild im Hinterzimmer vermuten. Manche gehen davon aus, dass die »Lügenpresse« eine »Judenpresse« ist, und manchmal sagen sie das auch laut. Viele Menschen in Berlin sehen die USA und Israel als eine Art Einheit und damit als den Inbegriff des Bösen. Ob aus provinzieller Weltsicht oder politischer Überzeugung heraus, Antisemitismus trägt die Abwehr der Moderne mit ihren Freiheiten in sich und wird stets benutzt, um nicht selbst Verantwortung zu übernehmen. Antisemitismus kollidiert mit dem Image von Berlin als weltoffener Metropole. Das Gewese um ein hippestes Berlin, das sich besonders gern dort amüsiert, wo einst die Juden lebten, ist verlogen, wenn es sich nicht gleichzeitig mit aktuellem Antisemitismus auseinandersetzt. Postmigrantischer Antisemitismus mag direkter und offener auftreten, aber er ist wenigstens als Antisemitismus erkennbar und verlangt nach klaren Antworten. Bei den verdrücktesten, ange-täuschten und verdeckten Formen ist es schwieriger, denn sie verstecken ihr Gesicht und ihre Absicht hinter Schuld, Kitsch und Halbwissen. Wir jedenfalls werden nicht aufgeben, den Antisemitismus zu bekämpfen, gerade wenn er leugnet, einer zu sein. Denn wir wollen, dass Berlin zu der tollen Stadt wird, für die viele es heute schon halten.



02. August, Bushaltestelle S-Bahnhof Halensee: Ein Mann mit Kippa und seine Begleitung werden antisemitisch beschimpft und mit Flaschen beworfen.

Linie	Ziel	Abfahrtszeit
M18	S. Bismarck	3 min
M22	Pörschach	3 min
M23	Pörschach	11 min
M19	S. Grünwald	14 min
*Haltezeit 100% vom 1. bis 31. März 2011		

S. Grünwald



S. Grünwald
Pörschach

M19

M25

X10



M19

S. Grünwald
Pörschach

WAHRNEHMUNGEN UND ERFAHRUNGEN BERLINER JÜDINNEN UND JUDEN EINE BEFRAGUNG

Benjamin Steinitz



Im Sommer 2014 gingen israelische Streitkräfte militärisch im von der Terrororganisation Hamas beherrschten Gazastreifen vor (»Operation Protective Edge«), um den palästinensischen Raketenbeschuss auf die israelische Zivilbevölkerung wirksam zu unterbinden. In Berlin kam es daraufhin zu Dutzenden öffentlicher Protestaktionen mit israelfeindlicher Grundstimmung, in deren Rahmen wiederholt offen judenfeindliche Ausdrucksformen festgestellt und vom »Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.« auch dokumentiert wurden.

Die Beobachtungen bildeten den Ausgangspunkt einer Befragung von Berliner Gabbaim (Singular: Gabbai, ehrenamtliche Helfer_innen einer Synagogengemeinde), Rabbinern und anderen Mitarbeiter_innen jüdischer Einrichtungen, die der VDK e.V. mit Unterstützung der »Amadeu Antonio Stiftung« und des »Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.« (JFDA) zwischen August und Oktober 2014 durchführte. Insgesamt wurden elf leitfadengestützte Interviews durchgeführt und nach wissenschaftlichen Methoden untersucht.

Jüdische Gemeinde zu Berlin // 20. August 2014 // INT_01
Synagoge Rykestraße // 01. September 2014 // INT_02
Synagoge am Fraenkelufer // 02. September 2014 // INT_03
Synagoge Sukkat Shalom // 08. September 2014 // INT_04
Unabhängige Synagogengemeinde Bet Haskala // 08. September 2014 // INT_05
Rabbinerseminar e.V. // 16. September 2014 // INT_06_A
Synagoge Kahal Adass Jisroel // 16. September 2014 // INT_06_B
Synagoge Joachimsthaler Straße // 16. September 2014 // INT_07
Synagoge Oranienburger Straße // 17. September 2014 // INT_08
Chabad Israeli Center (Alexanderplatz) // 17. September 2014 // INT_09
Synagoge Tiferet Israel // 27. Oktober 2014 // INT_10
Synagoge Pestalozzistraße // 28. Oktober 2014 // INT_11

Mit Hilfe der Befragung sollten erstmals Erkenntnisse zum Alltag Berliner Jüdinnen und Juden vor dem Hintergrund judenfeindlicher Stimmungen gewonnen und zu einem qualitativen Lagebild verdichtet werden, da dies bisher weder von der Wissenschaft oder Zivilgesellschaft noch von staatlichen Stellen unternommen worden ist. Dabei war das primäre Ziel, die Wahrnehmungen von Antisemitismus in Berlin aus unterschiedlichen jüdischen Perspektiven beschreiben zu können; es ging explizit nicht darum, in Form einer repräsentativen Befragung einen Beitrag zu einer wissenschaftlichen Debatte zu leisten.

Angelehnt an die Online-Umfrage der Fundamental Rights Agency von 2013 wurde sowohl nach konkreten antisemitischen Vorfällen gefragt, die sich gegen die Synagoge, Beter_innen oder gegen die Interviewten direkt richteten, als auch nach den individuellen und kollektiven Strategien des Vermeidens von Gefährdungen und nach dem Verhalten in Bezug auf Anzeigen bei den Strafverfolgungsbehörden sowie des Weiteren nach Berichten an zivilgesellschaftliche Institutionen. Außerdem ging es um eine eher allgemeine Einschätzungen der gesellschaftlichen Situation während der so genannten Beschneidungsdebatte (2012) und des eingangs erwähnten Gaza-Krieges von 2014 sowie um die medialen, politischen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen darauf.

EINFLUSSFAKTOREN FÜR DIE WAHRNEHMUNG VON ANTISEMITISMUS

BIOGRAFISCHE EINFLUSSFAKTOREN

Alle werden gleich verletzt, aber die Wahrnehmung ist unterschiedlich.
(I_02; 10:35)

Obwohl alle Interviewten Antisemitismus als gesellschaftlich relevantes Problem wahrnehmen, werden die Bewertung der aktuellen gesellschaftlichen Situation und vor allem das individuelle Bedrohungsgefühl durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst. Während eine eigene oder familiäre Betroffenheit von der Shoah das Bedrohungsgefühl eher befördert, scheint der Umstand, einen Teil des Lebens in Israel gelebt zu haben, eher das Gegenteil zu bewirken.

Bei den child survivors werden Dinge lebendig, wo man glaubte, die kann es nicht mehr geben. Diese Gruppe ist auch nicht mehr so reaktionsfähig. Das versteckte Kind ist mental bis zum heutigen Tage nicht aus dem Versteck herausgekommen. (I_08: 29:05)

Mit diesen Worten beschrieb ein Gabbai, der den Holocaust als Kind überlebte, seine Wahrnehmungen von Antisemitismus in Deutschland während der so genannten Beschneidungsdebatte von 2012 und den pro-palästinensischen Demonstrationen anlässlich der israelischen Militäroperation im Gaza-Streifen 2014. Offen judenfeindliche Positionierungen und antisemitisch konnotierte Debatten in der Öffentlichkeit tragen zu einer Viktimisierung besonders bei älteren Jüdinnen und Juden bei, die bei ihnen eng mit den Erfahrungen der Shoah verknüpft ist. Die daraus resultierende psychische Betroffenheit kann zu einer unmittelbaren Verschlechterung des Lebensgefühls führen. Mehrfach wurde geäußert, dass eine Israel-Erfahrung, also eine Zeit lang in Israel gelebt zu haben, die Wahrnehmungen verändern kann. Ein Rabbiner, der während der israelischen Militäroperation des Winters 2008/2009 im Gaza-Streifen eine Universität im Süden Israels besuchte, sagte:

Menschen, die dort gelebt haben, verstehen mehr. Manchmal haben Menschen, die nie in Israel gelebt haben, mehr Angst als solche, die dort gelebt haben. Menschen, die in Israel leben, gewöhnen sich daran. (I_09: 24:04)

Dass Jüdinnen und Juden mit Israel-Erfahrung Antisemitismus anders wahrnehmen, wird damit begründet, dass sie eher an existenzielle Bedrohungen gewöhnt seien, was zu einer Bagatellisierung antisemitischer Erscheinungen hierzulande führen könne. Weitere Einschätzungen hierzu waren, dass in Deutschland lebende Israelis einerseits selbstbewusster mit ihrer jüdischen Identität umgehen könnten, und andererseits ein Teil von ihnen – vorwiegend der säkular geprägte – sich politisch bewusst von Israel distanzieren und den Nahost-Konflikt daher so weit wie möglich fernhalte; beides fließt anscheinend in die Problemwahrnehmungen ein und erklärt die unterschiedliche Wahrnehmung. Der Unterschied zeige sich – so einige der Befragten weiter – auch daran, dass viele der in Berlin lebenden Israelis keine Berührungängste mit muslimisch-arabischen Milieus haben und teilweise sogar deren Nachbarschaft suchen würden.

Die unterschiedlichen Wahrnehmungen des Antisemitismus müssen ungeachtet ihrer Divergenzen respektiert werden und dürfen weder als Übertreibung noch als Verharmlosung der Situation abgetan werden. Es handelt sich jeweils um ebenso subjektiv wie tatsächlich empfundene Wahrnehmungen, die den Alltag vieler in Berlin lebender Jüdinnen und Juden prägen und durch biografische Umstände ebenso wie durch persönliche Erfahrungen beeinflusst werden.

PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN

Während zwei Tagen hat er uns massiv beschimpft. Mitten in der Nacht einfach gegen die Tür getreten, gehauen: »Ihr Missgeburten, ihr Judenschweine«, das ganze Repertoire, das man so kennt an Ausdrücken. Die Kinder waren damals fünf und vier [...]. Das war schon sehr, sehr beängstigend. Da hab ich die Polizei gerufen. (I_06_b; 00:38:59)

Besonders viele der in den Interviews geschilderten persönlichen Erfahrungen von Antisemitismus ereigneten sich im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Berlins oder im Wohnumfeld der Befragten. Der jeweilige Kontext der Vorfälle hat einen starken Einfluss auf den Umgang der Betroffenen mit dem Geschehenen sowie darauf, wie sehr ihre Lebensqualität beeinträchtigt wird.

Antisemitische Vorfälle im ÖPNV sind dadurch gekennzeichnet, dass sie spontan stattfinden, in den meisten Fällen schnell beendet sind und Täter_innen und Betroffene sich nicht kennen. Antisemitische Äußerungen, die Jüdinnen und Juden zufällig wahrnehmen, können, auch wenn sie nicht gegen sie direkt gerichtet sind, weil sie nicht als jüdisch erkannt werden, gleichwohl das subjektive Bedrohungsgefühl dauerhaft verstärken.

Viele solcher Vorfälle werden vom Nicht-Reagieren der Passant_innen und Fahrgäste begleitet. Nur ein einziges Mal erlebte eine Interviewte, dass zwei von ihr angesprochene Personen – wenn auch widerwillig – halfen (I_05: 20:52). Das Wegschauen und Nicht-Einmischen von Mitreisenden bei antisemitischen oder rassistischen Anfeindungen ist im ÖPNV anscheinend die Regel, was von mehreren Betroffenen als besonders schmerzhaft beschrieben wird. Herauszustellen ist eine Erfahrung, die eine Befragte in drei einschlägigen Situationen ab dem Punkt machte, an dem sie selbst die verbale Konfrontation suchte und die Täter entschlossen, aber nicht provozierend ansprach. Die Interviewte beschrieb, dass sie dabei zwar starke Angst verspürte, ihr Auftreten aber offenbar zu einer Verunsicherung der Täter und kein einziges Mal zu einer Eskalation geführt habe. Andere Interviewpartner_innen gaben an, in vergleichbaren Fällen einen ignorierenden Umgang gewählt zu haben, da sie nicht das Gefühl hatten, eine andere Reaktion könnte helfen.

Im Gegensatz zu antisemitischen Vorfällen im ÖPNV betreffen solche im Wohnumfeld den persönlichen Rückzugsraum der Betroffenen und führen daher unter Umständen zum dauerhaften Verlust des persönlichen Sicherheitsgefühls und damit zu einer starken Beeinträchtigung des Lebens. Bei den vorliegenden Interviews drängt sich der Eindruck auf, dass gewöhnliche Konflikte und Probleme des Alltags – beispielsweise eine unerwartete Kündigung der Wohnung oder Streitigkeiten in Beziehungen – antisemi-

tisch aufgeladen werden können, wenn Jüdinnen und Juden irgendwie erkennbar beteiligt oder präsent sind. Solche Fälle ereigneten sich sowohl in Stadtvierteln, die durch staatliche Programme wie »Soziale Stadt« oder ein eigenes »Quartiersmanagement« gefördert werden, als auch in Wohnlagen Berlins, die als gutbürgerlich gelten.

STRATEGIEN DER VERMEIDUNG

Juden erkennt man ja nicht auf der Straße. Das war ja auch das Problem bei den Nazis, sie haben die Juden karikiert, aber würde man sie erkennen, hätte es keines Juden-Stempels bedurft. (I_07: 58:45)

Ausgehend von der tatsächlich empfundenen Bedrohung und den persönlichen Erfahrungen lassen sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaften verschiedene Strategien identifizieren, um die Wahrscheinlichkeit, selbst zum Opfer zu werden, zu verringern. Ob und in welchem Ausmaß Jüdinnen und Juden angefeindet und angegriffen werden, hängt vor allem von ihrer Erkennbarkeit in der Öffentlichkeit ab. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinschaften Berlins verzichteten daher konsequent auf das Tragen einer Kippah und eines Magen-David-Anhängers (der Davidstern, meist an einer Halskette befestigt) oder überlegen zumindest, in welchen Teilen Berlins sie diese Zeichen zeigen. Ein Umstand, der einerseits als normal beschrieben, andererseits als schmerzhaft und einschränkend empfunden wird und auch zu Trotzreaktionen führt.

NICHT-ERKENNBARKEIT

Wir gehen raus, nehmen die Kippah ab, das war es. Dann kann man nichts mehr erkennen. Wie gesagt, wenn man sie als Jude erkennen könnte, dann würden sie auch Probleme bekommen, selbst in so einer liberalen Gegend wie im Prenzlauer Berg. (I_02; 30:38)

Die Aussage stammt von einem Rabbiner, der in unterschiedlichen Berliner Synagogen amtiert. Die Strategie der öffentlichen Nicht-Erkennbarkeit zur Vermeidung von Angriffen und Anfeindungen wurde in den jüdischen Gemeinschaften Berlins sowohl kollektiv als auch individuell entwickelt. Mehrfach wurden von Interviewpartner_innen konkrete Auslöser hierfür benannt. So einigte sich etwa die Betgemeinschaft der Synagoge am Kreuzberger Fraenkelufer nach einem Vorfall im Jahr 2008 darauf, die Kippot

außerhalb des Synagogengeländes nicht mehr oder nur noch verdeckt zu tragen. Vor 20 Jahren habe es in Berlin noch eine größere Selbstverständlichkeit gegeben, sich mit einer Kippah im öffentlichen Straßenraum zu bewegen (I_03; 1:03:45). Der Interviewpartner der sefardisch-orthodoxen »Synagoge Tiferet Israel« in Charlottenburg gab an, eine Erkennbarkeit als Jude mittlerweile zu vermeiden, nachdem er von einer Gruppe Arabisch sprechender Jugendlicher am U-Bahnhof Nollendorfplatz im Frühjahr 2014 antisemitisch angefeindet worden war. (I_10; 17:10)

VERMEIDUNG VON GEBIETEN

Das hängt sehr stark davon ab, wo man hingeht. Wenn man jetzt mitten im Wedding ist, versteckt man das Zezet vielleicht doch. (I_06_b; 01:20:22)

Neben konkreten Vorfällen als Auslöser für die Befolgung der Strategie der Nicht-Erkennbarkeit werden in den Interviews auch einzelne Stadtteile Berlins benannt, in denen die Gefährdung höher liege als in anderen. Zwar wird die Strategie der Nicht-Erkennbarkeit auch in Gegenden Berlins mehrheitlich verfolgt, die, wie etwa der Prenzlauer Berg oder Teile von Charlottenburg-Wilmersdorf, als Wohnorte einer weißen Mittelschicht gelten. Dennoch werden Stadtteile mit einer relativ stark ausgeprägten muslimisch-arabischen Alltags- und Jugendkultur von den Interviewpartner_innen nahezu durchgängig als eher gefährlich wahrgenommen. So wurde es als »normaler Überlebensinstinkt« (I_11; 0:42:28) bezeichnet, in Wedding, Moabit oder Teilen Kreuzbergs und Neuköllns nicht mit der Kippah aufzutreten.

Einerseits wird der Antisemitismus von muslimisch-arabischer Seite immer benannt und mitunter auch als gegenwärtig größte Bedrohung für die eigene körperliche Unversehrtheit beschrieben:

Die fortschreitende Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen in Deutschland und international ist ein reales und akutes Problem – nicht nur für die jüdische Bevölkerung und Israel, sondern für die gesamte Gesellschaft. (I_10; 0:25:30)

Oder auch:

Was wir heute erleben, war damals nicht so virulent. Schüler in Kreuzberg und Neukölln wurden von muslimischen Schülern angegriffen und sind dann vermehrt auf jüdische Schulen gewechselt. (I_07; 0:12:37)

Andererseits wird aber auch vor einer Fokussierung auf Milieus mit Migrationshintergrund gewarnt, denn der Antisemitismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft dürfe nicht aus dem Blick verloren werden:

Das wird jetzt sehr gerne gemacht, dass man den Antisemitismus als einen Import durch die Zuwanderungsgesellschaft bezeichnet. Damit macht man es sich natürlich sehr einfach. Dass der da ist, ist gar keine Frage. [...] Fundamentalismus gibt es im Islam, ich will aber nicht alle Muslime so einordnen. (L_07; 0:33:35)

Der gesamte Alltag Berliner Jüdinnen und Juden ist derart vom Wissen von einer Gefährdung und durch die Gewöhnung an diese geprägt, dass von einer Verinnerlichung bestimmter Verhaltensregeln gesprochen werden kann. Die Verinnerlichung ist dabei nicht notwendigerweise an konkrete eigene Erfahrungen gebunden. Die Kenntnis von antisemitischen Vorfällen und die daraus resultierende Einschätzung einer Gefährdung, die man für sich selbst fürchten muss, führt in den jüdischen Gemeinschaften Berlins dazu, dass verschiedene Quartiere und Stadtviertel gemieden werden.

SICHTBARKEIT ALS POLITISCHES SIGNAL

Die Strategie der Nicht-Erkennbarkeit wird aber nicht nur als eine traurige Realität im Alltag beschrieben, sie wird mitunter auch offensiv in Frage gestellt oder individuell unterwandert. Auf verschiedenen Ebenen werden – aus religiösen oder aus persönlichen Gründen – bewusst und entschieden Strategien der Sichtbarkeit formuliert. So betonte der Rabbiner der Chabad-Bewegung, Yehuda Teichtal, in seinem Newsletter sowie im Rahmen öffentlicher Auftritte mehrfach, dass der jüdische Umgang mit Antisemitismus vor allem selbstbewusst sein müsse und »auf keinen Fall unser Jüdisch-Sein in den Hintergrund« gedrängt werden dürfe. Er widerspricht explizit der Aufforderung, sich zu verstecken und das Judentum nicht mehr selbstbewusst zu zeigen.

Auch im individuellen Verhalten wird den Strategien der Nicht-Erkennbarkeit widersprochen. Angesprochen auf die Empfehlungen von Vertretern der »Jüdischen Gemeinde zu Berlin«, die eigene religiöse Zugehörigkeit in der Öffentlichkeit zu verbergen, antwortete eine Interviewpartnerin folgendermaßen:



09. November, Mehringplatz: Die im Rahmen eines Kunstprojektes in den Boden eingelassene Israelfahne wird zerstört.

Bei mir persönlich hatten diese Empfehlungen immer das Gegenteil zur Folge. Also: Jetzt erst recht. [...] Ich finde es ganz furchtbar, dass man darüber überhaupt nachdenken muss. Das macht abwechselnd traurig und wütend. Dann kommt auch der Tag, da sag ich mir: So, jetzt ist mir das egal. Jetzt trage ich die Kette. Ich werde es denen schon zeigen. Ich lasse mich doch hier nicht vertreiben. Ich glaube, das sind so die wechselnden Gefühle. [...] Aber das Problem, dass ich das nicht zeigen soll, weil es anderen nicht gefällt und die mir dann an den Kragen gehen – das führt natürlich dazu, dass man das doch zeigen will. (I_05: 0:28:00)

Für die Befragte ist die Frage des Zeigens der jüdischen Identität demnach mit widerstreitenden Emotionen verbunden. Überhaupt kennzeichnet es den Alltag der Befragten und ihre identitätspolitischen Reflexionen und Verhaltensstrategien, dass sie die Sichtbarkeit ihrer jüdischen Identität ständig mit dem eigenen Glauben und der eigenen Umgebung neu aushandeln müssen. Neben der weitverbreiteten Strategie der Nicht-Erkennbarkeit gibt es innerhalb der jüdischen Gemeinden Berlins also auch gegenläufige Verhaltensweisen,

die auf Vermeidung einer Viktimisierung durch Selbstbehauptung hinauslaufen, aber gleichwohl lassen sich aus den Interviews vor allem Formen des Umgangs mit antisemitischer Bedrohung erkennen, die auf Vermeidungsverhalten zurückgreifen.

WEITERE STRATEGIEN

In den Interviews wurden weitere Verhaltensweisen benannt, die als Vermeidungsstrategien verstanden werden können. So gibt es das »Straßenseite-Wechseln«, also das bewusste Ausweichen vor möglichen Anfeindungen, Bedrohungen oder Angriffen. Darüber hinaus trifft man in den Interviews auf Formen der Selbsteinschränkung, etwa wenn es um die Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten geht:

Ein Indikator für die Verunsicherung ist, dass Jugendliche, die an einem trialogischen Projekt teilnahmen, vom Besuch einer Moschee Abstand nahmen, nachdem der Imam in der Al-Nur-Moschee zur Tötung von Zionisten aufgerufen hatte.

(I_01; 0:25:40)

Der Interviewpartner beteiligt sich als Rabbiner regelmäßig an interreligiösen Bildungsveranstaltungen. Seine Aussage bezieht sich auf die Predigt eines Imams, die am 18. Juli 2014 in der Neuköllner »Al-Nur-Moschee« im Rahmen des Freitagsgebets gehalten wurde und den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt hatte.

Die Beispiele verdeutlichen, in welchem hohem Maß das Vermeidungsverhalten in das Alltagsleben von Berliner Jüdinnen und Juden hineinreichen und dieses einschränken kann. Die Einschränkungen des persönlichen und religiösen Lebens führten bei einigen Interviewpartner_innen sogar dazu, als gleichsam letzten Ausweg die Auswanderung anzuführen:

Viele denken über Auswanderung nach Israel nach, weil man da trotz Krieg noch sicherer und dem Antisemitismus nicht so einzeln ausgeliefert ist. (I_05; 0:25:36)

ZUSPITZUNG DER ERFAHRUNGEN IM SOMMER 2014

Aus meiner persönlichen Sicht muss ich sagen, dass ich mich zum ersten Mal selber als Jude in Deutschland oder in Berlin unsicher gefühlt habe. (I_06_a; 0:26:51)

Im »Summer of Hate« 2014 wurde zwischen dem 07. Juli und dem 31. August im Zuge der Proteste gegen das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte im Gazastreifen in ganz Deutschland Judenfeindschaft in einem Ausmaß sichtbar wie selten zuvor. Der antisemitische Hass auf den Demonstrationen wurde begleitet von Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen gegen jüdische Einrichtungen und gegen Menschen, die Solidarität mit Israel zeigten, bis hin zu tätlichen Angriffen auf Jüdinnen und Juden.

Auch die antisemitisch konnotierten Alltagserfahrungen, auf die in den Interviews immer wieder rekurriert wurde, erfuhren in diesem Zeitraum eine extreme Zuspitzung. Alle befragten Personen bestätigten, dass die öffentlich ausgedrückte Judenfeindschaft im Sommer 2014 ihrer Wahrnehmung nach eine neue Qualität erreicht hatte. Für einige hatte dies unmittelbare Auswirkungen auf den Alltag. Vor allem die Sichtbarkeit der Judenfeindschaft im öffentlichen Raum und das Ausmaß antisemitischer Anfeindungen und Angriffe in ganz Europa, die sich in den sozialen Medien sammelten und nahezu in Echtzeit abgebildet wurden, führten zu erhöhter Verunsicherung. Diese erhöhte Verunsicherung wurde beispielhaft von folgender Aussage eines Rabbiners belegt:

Es war vollkommen anders als zuvor. Alle, aber vor allem Frauen, hatten Angst, allein rauszugehen. Während des Konflikts war es wirklich schlimmer; wir waren sehr wachsam. Leute sprechen über die Demonstrationen, dass es gefährlich ist, dass wir aufpassen müssen. (I_09; 00:20:30)

Auch auf institutioneller Ebene wurde auf die Verschärfung der Situation reagiert. Vor den Synagogen sollten sich keine größeren Gruppen mehr aufhalten, und alle Außenaktivitäten jüdischer Kitas und Schulen wurden in Berlin abgesagt. Aber auch für das persönliche Erleben der Mehrheit der interviewten Personen lassen sich unterschiedliche negative Auswirkungen aufzeigen – etwa wenn die Befragten in ihrem privaten und beruflichen Umfeld als Jüdinnen und Juden unter Rechtfertigungsdruck geraten:

Oft wurde suggeriert, »Juden sind ja selber schuld dran, wenn man sie nicht mag«. Selbst wenn man es nicht so sagt, wie ich es jetzt gesagt habe, ist das subtil zwischen den Zeilen immer wieder zu lesen. »Wenn Israel so agiert, dann bist du halt selber schuld als Jude«, oder: »Nur weil du Jude bist, musst du dich ja nicht hinter Israel stellen«. Das habe ich schon ein bisschen für einen Angriff auf die Freiheit des Denkens und die Meinungsfreiheit gehalten. [...] Ich muss auch sagen, dass ich selber in meinem eigenen Bekanntenkreis so ein paar Erfahrungen hatte. Das ist mir jetzt in dieser Zeit aufgefallen, dass das vermehrt vorgekommen ist. (I_06_a; 0:52:55)

Anschließend an solche Erfahrungen thematisierten einzelne Befragte aber auch den gesamtgesellschaftlichen Hintergrund für die Ereignisse des Sommers 2014, den Dieter Graumann als »Explosion an gewaltbereitem Judenhass« beschrieb, nämlich den in der Mitte der deutschen Mehrheitsgesellschaft salonfähigen Antisemitismus. Er lässt sich u.a. an den tausenden beleidigenden Zuschriften an jüdische oder israelische Institutionen in Deutschland feststellen. Die folgende Aussage nimmt Bezug auf die bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin eingehenden E-Mails und Briefe:

Das Potenzial dafür war schon lange da. Ich glaube, dass Antisemitismus offener und aggressiver geworden ist. [...] Bis vor einigen Jahren waren all diese häufigen antisemitischen Zuschriften immer anonym, jetzt gibt es immer mehr Menschen, die das mit vollem Namen unterschreiben. Das ist der Hintergrund, der die Bühne dafür bildet, dass sich ein aggressiver islamistischer Antisemitismus in Wort und Tat hier in Berlin und in Deutschland weiter Bahn bricht. (I_01; 03:40)

In den Interviews wurde wiederholt das breite Spektrum antisemitischer Haltungen angesprochen, etwa die auf zahlreichen Demonstrationen anzutreffenden Allianzen linker, islamistischer und muslimisch-arabischer Gruppierungen mit offen rechtsextremen und verschwörungsideologisch ausgerichteten Milieus. Die jüdischen Gemeinschaften sehen sich also mit einem ebenso breiten wie vielfältigen Spektrum an Bedrohungen konfrontiert. Dazu komme, dass die jüdischen Gemeinschaften sich selbst überlassen blieben, wenn es darum gehe, dem Israel-bezogenen Antisemitismus etwas entgegenzusetzen – dass es also vonseiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft sehr selten zur Solidarisierung kommt, und wenn, dann ausschließlich auf der Ebene symbolischer Handlungen politisch Verantwortlicher:

Sie haben nicht diesen Aufschrei in Deutschland: »Hört damit auf!« Oder wir stellen uns jetzt gemeinsam vor diese Menschen, die angegriffen worden sind. Sie haben keine Lichterketten, sie haben keine Demonstrationen gegen Angriffe auf Synagogen. Sie haben keine Protestwelle in Deutschland, die sagt:»Warum müssen Synagogen in Deutschland durch Polizei verteidigt werden?« Wir stehen alleine da. Das kann nur die jüdische Gemeinschaft auffangen. (I_02; 41:47)

Zwei der hier skizzierten Wahrnehmungen der Ereignisse des Sommers 2014 sollten besonders festgehalten werden. Zum einen richtet sich besonders in einer Konfliktsituation die Feindschaft gegen Israel immer auch gegen in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden und führt zu einer erheblichen Verschlechterung ihres Lebens- und Freiheitsgefühls. Zum anderen wird das Schweigen der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft angesichts der offenen Judenfeindschaft und des Israel-bezogenen Antisemitismus als schmerzhaft und besorgniserregende Entsolidarisierung empfunden.

FAZIT UND AUSBLICK

Die hier abgebildeten Wahrnehmungen und Bewertungen sind kleine Ausschnitte aus den vielfältigen Alltagssituationen und Lebensrealitäten Berliner Jüdinnen und Juden. In den Interviews ist u.a. zutage getreten, dass die Mehrheit der Betroffenen ihre antisemitischen Erfahrungen weder anzeigt noch zivilgesellschaftlichen Organisationen mitteilt. Hierfür werden unterschiedliche Gründe angeführt. Vor allem hat die niedrige Aufklärungsrate bei Anzeigen zu einer Art Resignation geführt. Dazu kommt die fehlende Sensibilität aufseiten der ermittelnden Beamt_innen für die Besonderheit antisemitischer Tatmotive, sodass in der Folge solche demütigenden Erfahrungen möglichst vermieden werden. Viele der Vorfälle sind jedoch so niedrigschwellig, dass von vornherein eine Anzeige nicht in Erwägung gezogen wird. Viele aus der ersten Generation derjenigen, die aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, erstatten allerdings auch darum keine Anzeigen, weil sie die Verhältnisse in Berlin als deutliche Verbesserung im Vergleich zu ihren Herkunftsländern wahrnehmen. Dass der erfahrene Antisemitismus öffentlich kaum problematisiert wird, lässt sich schließlich auch mit der Befürchtung negativer Konsequenzen erklären, etwa wenn Gefahr für die eigene Sicherheit droht; dazu kommt die ganz allgemeine Schwierigkeit, über solche Vorfälle öffentlich zu reden. Dies scheint besonders für die relativ große Gruppe dieser ersten Generation der aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Zugewanderten zu gelten.



30. August, Julius-Hirsch-Sportanlage: Spielabbruch nach antisemitischen Beschimpfungen und Angriffen auf das dritte Team von TUS Makkabi Berlin.



Auf der anderen Seite sind die zivilgesellschaftlichen Melde- und Beratungsangebote oft gar nicht bekannt, ebenso wenig wie der individuelle und der kollektive Nutzen, der sich aus dem Veröffentlichen antisemitischer Vorfälle ergeben kann.

Die Praxis des Meldens von eigenen Erfahrungen braucht nicht nur Vertrauen, sie muss regelrecht erlernt und in den Alltag integriert werden. Die Arbeit der »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin« setzt genau hier an, indem sie kontinuierlich Melde- und Beratungsangebote bereitstellt, die eigens auf eine jüdische und von Antisemitismus betroffene Zielgruppe ausgerichtet ist.

DAS PROJEKT

»RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS BERLIN (RIAS) «

Die »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin« (RIAS) hat im Jahr 2015 begonnen, in Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen ein dichtes Melde-Netzwerk für antisemitische Vorfälle in Berlin aufzubauen. Die mehrsprachigen Flyer zur Bekanntmachung der Melde- und Beratungsangebote liegen an vielen Orten Berlins aus: in nahezu allen Berliner Synagogen, dem Gemeindezentrum Fasanenstraße, dem »Centrum Judaicum« in der Oranienburger Straße, in koscheren Restaurants und Geschäften sowie in den Geschäftsstellen der »Berliner Registerstellen« und der Stolperstein-Initiativen. Der regelmäßige Austausch mit Vertreter_innen der unterschiedlichen Organisationen gewährleistet die Weitergabe der dort bekannt gewordenen Vorfälle.

Eine solche zivilgesellschaftliche Erfassung und Beschreibung des Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Facetten trägt dazu bei, mehr Licht in das große Dunkelfeld nicht-angezeigter Vorfälle zu bringen. Ein schärferes Bild davon, wie sich Antisemitismus manifestiert, ist eine Voraussetzung für die gesamtgesellschaftliche Bekämpfung des Phänomens einerseits und für eine Solidarisierung mit den Betroffenen andererseits.

Neben der Erfassung vermittelt RIAS den von antisemitischen Vorfällen Betroffenen und ihren Angehörigen, aber auch den Zeug_innen solcher Vorfälle, diverse Unterstützungsangebote.

RIAS arbeitet parteilich sowohl für die Betroffenen als auch mit ihnen sowie mit ihren Angehörigen und den Zeug_innen. Die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen stehen bei RIAS im Mittelpunkt. Der von RIAS garantierte Vertrauensschutz bedeutet, dass Informationen streng vertraulich behandelt werden und dass die Betroffenen darüber entscheiden, wie mit ihren Meldungen umgegangen werden soll.

DIGITALE ANNAHME VON MELDUNGEN

Auf der bundesweit ersten Online-Meldestelle für antisemitische Vorfälle unter www.report-antisemitism.de können zeit- und ortsunabhängig auf Deutsch, Russisch und Englisch Meldungen gemacht werden. Es sind lediglich eine ungefähre Ortsangabe, ein Datum, eine Beschreibung des antisemitischen Vorfalls sowie eine Kontaktmöglichkeit nötig.

Dies sind weitere Möglichkeiten, Vorfälle digital zu melden:

www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

www.twitter.com/Report_Antisem

info@report-antisemitism.de

VERÖFFENTLICHUNG VERIFIZIERTER VORFÄLLE

Vor der Veröffentlichung tritt RIAS mit den Betroffenen oder mit den Zeug_innen in Kontakt und stellt Nachfragen zum Vorfall – dadurch wird eine Meldung verifiziert. Mit dem Einverständnis der meldenden Person und nach Ausschluss jeder möglichen Gefährdung derselben veröffentlicht RIAS die Meldung in anonymisierter Form. Jede Meldung wird darüber hinaus in ebenfalls anonymisierter Form in einer Datenbank erfasst und systematisiert. So ist die Beobachtung und Abbildung von Entwicklungen über größere Zeiträume hinweg möglich.

UNTERSTÜTZUNG UND BERATUNG FÜR BETROFFENE

Die »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin« kooperiert mit einer Reihe von jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, um die professionellen und jahrelang erprobten Beratungs- und Unterstützungsangebote der unterschiedlichen Träger auf Wunsch an Dritte vermitteln zu können.

Es handelt sich bei diesen Angeboten um:

- psychologische und traumatherapeutische Unterstützung
- seelsorgerische und geistliche Begleitung
- rechtliche Hilfestellung beim Stellen von Anzeigen und bei juristischen Verfahren
- Begleitung der Betroffenen zur polizeilichen Vernehmung und zum Gerichtsverfahren
- Vermittlung von Fachanwälten
- Unterstützung bei Anträgen nach dem Opferentschädigungsgesetz, beim Bundesentschädigungsfond, bei zivilgesellschaftlichen Opferfonds sowie auf Prozesskostenhilfe.

Des Weiteren vermittelt RIAS:

- Prozessorientierte Beratungen von Institutionen
- Fortbildungsveranstaltungen und Workshops als Teil von Beratungsprozessen
- Vernetzung demokratischer Akteure
- Vermittlung der Betroffenenperspektive gegenüber politischen und medialen Akteuren.

MONITORING

RIAS registriert kontinuierlich antisemitische Vorfälle, die durch die Medien, die Polizei oder im Internet veröffentlicht werden, und versucht, einen Kontakt zu den Betroffenen herzustellen. Darüber hinaus werden in enger Zusammenarbeit mit dem »Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus« sowie mit den bezirklichen Registerstellen antisemitische Ausdrucksformen auf öffentlichen Versammlungen und in den sozialen Netzwerken dokumentiert. Die gesammelten und systematisierten Informationen fließen regelmäßig in Lagebilder ein, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. So werden Bezirks-, Landes- und Bundespolitiker_innen, die Berliner Zivilgesellschaft und die Verwaltung fundiert über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus informiert.



03. Juni, Karl-Marx-Straße: Eine Person wird zunächst antisemitisch und homophob beleidigt und dann ins Gesicht geschlagen.



ANTISEMITISMUS ALS INDIVIDUELLE ERFAHRUNG UND SOZIALES PHÄNOMEN

Marina Chernivsky



»Wie ist das, heute als Jude in Deutschland zu leben?«, wird Lena Gorelik oft gefragt. Sie wäre geneigt zu sagen, normal, aber »Normalität wird erst sein, wenn diese Frage nicht mehr gestellt werden muss.«

Die Bilder und Mythen des Antisemitismus entstammen einer jahrhundertalten Tradition, die Juden als »Andere« und »Fremde« konstruiert. Juden werden immer noch als ein in sich homogenes, monolithisches Kollektiv wahrgenommen und mit stereotypen Merkmalen – Eigenschaften, Verhaltensweisen, gar Absichten – belegt. Dieser Wahrnehmung liegt zumeist eine affektbezogene und durch Vorurteile begründete Abneigung gegen alles »Jüdische« zugrunde, eine gruppenbezogene Aversion oder Idiosynkrasie, die im kollektiven Bewusstsein fest verankert ist und auch ohne die Präsenz des »Jüdischen« auskommt. Beim Antisemitismus handelt es sich also um ein überindividuelles, psycho-historisches Konstrukt, für das weniger historische Tatsachen oder soziale Konflikte von Bedeutung sind als vielmehr die transgenerative Phantasie oder Vorstellung vom »Jüdischen«. Antisemitische Ressentiments sind einerseits historisch außerordentlich stabil und in ihrem Gehalt konsistent, unterliegen andererseits einer besonderen Dynamik, welche die klassischen Motive übernimmt, aber gleichzeitig für neue Rationalisierungen, Projektionen und Verschiebungen anfällig bleibt. Ihre offenen und versteckten Manifestationen sind zudem hoch ambivalent, verwirrend und tragen wesentlich dazu bei, dass die Wirkmächtigkeit des Antisemitismus dauerhaft übersehen wird. Gleichzeitig wird die Frage nach dem Antisemitismus immer wieder neu aufgeworfen. »Man fragt sich, was schlimmer ist: der beabsichtigte oder der unbeabsichtigte Antisemitismus? Der, mit dem man gespielt hat, weil man überprüfen wollte, wo die Grenzen liegen ...? Oder der, den man selbst nicht bemerkt, weil die Stereotype so sehr zum eigenen Weltverständnis gehören, dass man sie gar nicht mehr in Frage stellt?« Die Tatsache, dass nur wenige Menschen sich zum Antisemitismus bekennen und sich die große Mehrheit als nicht

antisemitisch versteht, erschwert die Überwindung des Antisemitismus und begründet die Widerstände gegen seine Thematisierung. Was bleibt, ist ein Antisemitismus ohne Antisemiten, ein offen verschwiegenes Tabu, eine Mischung aus Scham, Wut und Voreingenommenheit, die eher einer eigensinnigen Affektdynamik als dem klaren Verstand untergeordnet ist.

PERSPEKTIVEN AUF ANTISEMITISMUS

Es gibt keine allgemein gültige Definition, die alle Formen und Ebenen des Antisemitismus einheitlich erklärt und begründet, aber eine Reihe von Arbeitsdefinitionen und Orientierungshilfen. Der 2011 vorgelegte »Expertenbericht des Bundesministeriums des Inneren« (BMI) schlägt folgende Orientierung vor:

»**Erstens**, Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden, das heißt, der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird.

Zweitens, Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren: latente Einstellungen, verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, personelle Verfolgung, existenzielle Vernichtung.

Drittens, Antisemitismus kann in verschiedenen Begründungsformen auftreten: religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch.«

Im deutschsprachigen Raum existiert eine Reihe aussagekräftiger empirischer Studien zu antisemitischen Einstellungen und Vorurteilen. Diese und andere Studien folgen jedoch zum größten Teil kognitiven Ansätzen, während die Zusammenhänge zwischen kognitiven und affektiven Anteilen antisemitischer Kommunikation und Praxis (noch) nicht ausreichend erforscht sind. Ähnlich sieht es bei der Erforschung der Betroffenenperspektiven aus. Bisher gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus durch diejenigen, die Antisemitismus erfahren. Eine repräsentative »jüdische« Perspektive existiert nicht – aber die Analyse von individuellen Antisemitismuserfahrungen, ihren unterschiedlichen Deutungen und Bewältigungsweisen scheint unverzichtbar zu sein, um die ganze Vielschichtigkeit des Phänomens zu erfassen. Eine Befragung von zehn Berliner Synagogengemeinden zeigt, wie unterschiedlich die Perspektiven auf Antisemitismus sein können und wie wichtig jede einzelne ist: »Obwohl alle Interviewpartner_innen Antisemitismus als gesellschaftlich relevantes Problem beschrieben haben, unter-

#Makkabi = GroßJüdische Weltfestspiele, Nicht-Juden bitte draußen bleiben? Was soll das? Hört sich irgendwie rechtsradikal an..



29. Juli, Tweet eines ehemaligen Piratenpolitikers zu den gleichzeitig stattfindenden European Maccabi Games 2015.

scheiden sich doch ihre Wahrnehmungen und vor allem das Ausmaß selbst gemachter Erfahrungen. Während hier Wahrnehmungen als Rezeptionsweisen gesellschaftlicher Debatten, und nicht fall-bezogene Beschreibungen von Antisemitismus gefasst werden, beziehen sich Erfahrungen auf konkrete Vorfälle, welche die Befragten entweder selbst erlebt haben oder von denen sie Kenntnis bekommen haben.«

2013 veröffentlichte die »Fundamental Rights Agency« (FRA) die Ergebnisse ihrer Umfrage »Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierungen und Hasskriminalität in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union«. Zwei Drittel der Befragten (66%) sahen den Antisemitismus als ein Problem innerhalb ihrer Länder an. Drei Viertel der Befragten (76%) gaben an, dass Antisemitismus innerhalb der vergangenen fünf Jahre in ihrem Land zugenommen habe. Nach der Einschätzung der Befragten ist der Antisemitismus die schwerwiegendste persönlich erlebte Diskriminierung. Jeder sechste Befragte berichtete davon, aufgrund der Zugehörigkeit zum Judentum in den vergangenen zwölf Monaten Opfer von verbalen oder physischen Angriffen geworden zu sein. Dies führte bei der Hälfte der Befragten, die bereits Angriffe erlebt hatten, dazu, bestimmte Örtlichkeiten zu vermeiden; rund zwei Drittel der Befragten vermieden es zumindest gelegentlich, in der Öffentlichkeit als jüdisch identifiziert zu werden. Rund ein Viertel der Befragten hatte in den letzten Jahren schon einmal über Auswanderung nachgedacht.

Heute liegt diese Befragung drei Jahre zurück, sie ist mithin noch vor der letzten antisemitischen Welle im Zuge des Gaza-Konflikts vom Sommer 2014 veröffentlicht worden. Seit dem Sommer 2014 verzeichnet die Polizeistatistik einen erneuten Anstieg antisemitischer Straftaten, auch Berichte von Übergriffen häufen sich. Zudem enthält die Befragung der FRA keine näheren Informationen über eine Reihe weiterer Aspekte, die für »jüdische« Perspektiven auf Antisemitismus bedeutsam sind. Hierzu gehören beispielsweise die individuellen Bewältigungs- und Verarbeitungsstrategien, aber auch biographische Faktoren, familiäre Narrative sowie Migrations- und Integrationserfahrungen.

Nicht nur die verbalen Entgleisungen oder gar gewalttätigen Übergriffe, sondern auch die gesellschaftlichen Debatten sowie die scheinbare Normalisierung antisemitischer Kommunikation verunsichern die jüdische Bevölkerung zunehmend. Antisemitische Äußerungen werden viel zu häufig bagatellisiert und »als nicht so gemeint« entschuldigt. Antisemitismus dagegen als ein aktuelles Alltagsphänomen anzuerkennen und nicht nur als historisches und somit vergangenes Problem, fällt in der deutschen Gesellschaft wohl auch deshalb so schwer, »weil aus der mühsam, aber dennoch intensiv erfolgten Aufarbeitung der NS-Verbrechen der Schluss gezogen wird, nun alles hinter sich gelassen zu haben, was zur Ideologie der Ungleichwertigkeit gehört.«

FAZIT

Der Diskurs um Antisemitismus ist geprägt von fortwährenden Beschwerden über vermeintliche Sprechverbote bei gleichzeitigen Entgleisungen, Abgrenzungs- und Distanzierungswünschen. Die Verwobenheit seiner Erscheinungsformen und die widersprüchlichen Haltungen zu seiner Relevanz verstärken das Verkennungspotenzial und tragen zur Unterschätzung der Wirkmächtigkeit antisemitischer Denkfiguren bei. Die damit einhergehenden Ressentiments sind mit ihren emotionsevozierenden und verschwörungstheoretischen Elementen offenbar alltäglich und banal geworden und gerade deshalb unsichtbar.

Politische Interventionen können helfen, die Brisanz des Antisemitismus im Auge zu behalten. Die übermäßige Politisierung kann jedoch auch dazu beitragen, dass die Kritik am und die Arbeit gegen den Antisemitismus oft reflexartig, quasi auftragsgemäß, ausgeführt wird. Das Phänomen der »Judenvoreingenommenheit« ist hochkomplex und fest in die Selbstvergewisserungsdebatten eingeschrieben. Erst durch die Analyse der gesellschaftlichen Einbettungen wie auch der individuellen Verstrickungen können die Ressentiments zumindest teilweise dechiffriert werden. Es bedarf also einer neuen kollektiven Bewusstwerdung für das Problem, weil es sonst durch Relativierung, Umkehrung oder Verschiebung in breiten Teilen der Gesellschaft abgewehrt wird. »Die Bereitschaft anzuerkennen, dass es Antisemitismus in dieser Gesellschaft gibt und dass die am Lernprozess Beteiligten selbst ein Teil davon sind, wird gefördert, wenn die Erarbeitung der Problematik nicht in Form von Bezeichnung und Beschuldigtwerden erfahren wird.« Antisemitische Vorstellungen wirken in der Demokratie weiter, allerdings bietet die demokratische Gesellschaft zugleich den Rahmen, sie kritisch zu analysieren und sich gegen sie zu engagieren.

· 17h



"Der jüdische Sport ist in Berlin wieder angekommen." heißt es in @ZDFheute Was soll das sein? Hakenkreuzweitwurf?



1



13



29. Juli, Tweet einer TAZ-Journalistin zu den im Berliner Olympiapark stattfindenden European Maccabi Games 2015.

SICH SOLIDARISIEREN ODER: EIN WUNSCHKONZERT

Pasquale Virginie Rotter



*Wenn sich alle so solidarisieren könnten, wie sie sollten,
wäre Solidarität nicht mehr notwendig.*

Was sind Anknüpfungspunkte für solidarische Bündnisse zwischen Schwarzen Deutschen und deutschen Juden und Jüd_innen? Allein schon innerhalb einer Familie erschweren Verstrickungen, die Grenzen zwischen Täter_innen und Opfern und damit die Richtung der Solidarisierung durchgehend klar zu bestimmen. Wie also individuellen und kollektiven, emotionalen und transgenerational vermittelten Verstrickungen mit all ihren Gleichzeitigkeiten und Widersprüchlichkeiten gerecht werden? Wie kann Solidarisierung zwischen Menschen aussehen, die unterschiedliche (Familien-)Geschichten und (traumatische) Erfahrungen mitbringen, die mitunter innerhalb einer Generation den Wechsel zwischen Privilegierung und Deprivilegierung erfahren haben und die ganz unterschiedliche Wege der Bewältigung und (Nicht-)Transformation dieser Erfahrungen gewählt haben?

Auch (Selbst-)Bezeichnungen wie Schwarze Deutsche und deutsche Juden und Jüd_innen werden nicht von allen so bezeichneten Menschen geteilt. Müssen wir deshalb mit Begriffsklärungen beginnen?

Ich möchte stattdessen persönliche Schwarze Geschichten von Verbindungen und Transformation mitteilen.

Wien, Ende der 1980er Jahre

*Meine weiße Mutter widmet sich im »Prückel« statt meiner Grippe den Welt-
nachrichten. Eine der Bridgespieler_innen aus dem Hinterzimmer baut mir eine
Liege aus Stühlen, besorgt eine Decke und bestellt mir einen Tee. Die Frau am
Nebentisch schnauzt mich an, dass ich mit meinen Viren besser zu Hause ge-
blieben wäre; meine Lieblingsbridgespielerin weist sie daraufhin zurecht. Als
ich sie später frage, warum die Frau so gemein zu mir war, raunt sie mir ins
Ohr: »Sie ist halt eine Nazi. Die mögen keine N. Doch keine Sorge, ich pass' auf
dich auf.« Als Teenager – ich hatte längst begriffen, dass unter den Kartenspie-
ler_innen auch Juden und Jüd_innen waren – frage ich sie, wie es sein könne,
dass sie mit Nazis so friedlich und Tag für Tag Bridge spiele. Sie meint: »Was
blieb uns anderes übrig? Die einen haben halt ‚Grüß Gott‘ gesagt, die anderen
‚Guten Tag‘, und das Kartenspielen war unsere Katharsis.«*

Dies ist meine erste Erinnerung daran, mit dem N-Wort konfrontiert zu werden. Meine Lieblingsbridgespielerin wurde für mich erst sehr viel später als Jüdin sichtbar und erkennbar. Sie hat mich also gesehen, bevor ich sie sah. Ich wünschte, ich hätte früher gewusst, dass auch sie existenzieller Bedrohung ausgesetzt war, denn die Präsenz bedrohender und bedrohter Körper in jenem Hinterzimmer habe ich als Kind aufgesogen wie ein Schwamm, und so habe ich früh gespürt, dass es Menschen gibt, die sich die Vernichtung nicht nur meiner Existenz wünschen.

Einige Jahre zuvor hatte ich mit der Waldheim-Affäre eine jener Episoden miterlebt, die das Schweigen und die unzureichende Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit Österreichs aufbrechen und den von Rassismus und Antisemitismus betroffenen österreichischen Minderheiten die Fratzen unbewältigter Geschichte enthüllten. Meine jüdische Alternativfamilie machte zu der Zeit Waldheim-Witzchen am Abendtisch, doch unter meiner Haut spürte ich ihren Horror. Heute denke ich an all jene österreichischen Episoden und Skandale, die immer wieder diesen gemeinsam geteilten Horror hervorrufen.

Als Empowerment-Trainerin wünsche ich uns, dass wir diesen Horror wahrnehmen, ihn gegenseitig (an-)erkennen und nicht versuchen, ihn zu vergleichen oder diese Erfahrungen gegeneinander auszuspielen. Sondern vielmehr Verbindungen schaffen durch die in unseren Körpern gespeicherten Erfahrungen von Vernichtung(-sbedrohung) und Überleben. Ich wünsche uns mehr Begegnungen, die weniger vom Wunsch nach strategischen Bündnissen als vom Wunsch nach Fürsorge und tiefer Verbindung getragen werden.

Wien, Mitte der 1990er Jahre

Eine Schwarze Frau meines Alters spricht mich auf der Straße an und lädt mich herzlich zu einem wöchentlich stattfindenden Treffen Schwarzer Wiener_innen ein. In der Folge treffe ich mich immer öfter mit Schwarzen Österreicher_innen und bin mal mehr, mal weniger irritiert von ihrem Kampf gegen Rassismus sowie der Suche nach einer Schwarzen Positionierung. Vieles daran erscheint mir zu übertrieben oder zu radikal. Doch für einige Zeit finde ich eine kleine Heimat in einer Schwarzen Frauengruppe. Meiner Erinnerung nach verlasse ich die Gruppe aus Angst vor Konflikten...

1997 begann die Geschichte der Initiative »Pamoja«. Mein anfängliches Unbehagen mit dieser plötzlichen und selbstgewählten Sichtbarkeit markierte den Beginn des schmerzhaften, aber auch heilsamen Prozesses meiner Politisierung als Schwarze Österreicherin. Schmerzhaft deshalb, weil ich all die gewaltvollen äußeren Markierungen erkannte, die ich bis dahin nicht als das benennen konnte, was sie gewesen waren: Rassismus. Heilsam u.a. deshalb, weil meine Perspektive nicht in Frage gestellt wurde. Die Existenz Schwarzer Menschen im deutschsprachigen Raum ist seit vielen Jahrhunderten dokumentiert. Für Schwarze Menschen war und ist es keine Option, nicht als 'Andere' markiert zu werden. Weiße Juden und Jüd_innen wurden und werden ebenfalls fortwährend markiert, sie haben jedoch oft die Option, sich nicht als (rassifizierte) 'Andere' zu erkennen zu geben. Für viele Schwarze Menschen mündet die bewusste und selbstgewählte Positionierung als Schwarz in einen fruchtbaren Identitätsfindungsprozess und schafft kraftvollen Widerstand gegen ihre Konstruktion als rassifizierte 'Andere'. Sie führt aber auch zu vermehrten rassistischen (Gewalt-)Erfahrungen mit der weißen deutschen Mehrheit, die eine selbstbewusste Schwarze Sichtbarkeit als Provokation oder Bedrohung erlebt. Aus einer jüdischen Perspektive erklärt Maria Baader ähnliche Erfahrungen im Zuge der Sichtbarwerdung eines Zusammenschlusses jüdischer feministischer Frauen* und Lesben – »Shabbeskreis« – ab Mitte der 1980er Jahre in der Westberliner Frauenszene damit, »daß allein unsere Anwesenheit und unser Wunsch, als jüdische Frauen wahrgenommen zu werden, schon eine Provokation waren. Wir erdreisteten uns (...) die Einheitlichkeit und Harmonie (...) zu stören, indem wir auf Unterschiede, ja auf Machtverhältnisse hinwiesen.« Ich wünsche mir von Schwarzen Deutschen und von deutschen Juden und Jüd_innen mehr Mut zur Sichtbarkeit, um daraus Kraft für Widerstand und für Kritik an der Dominanzgesellschaft zu schöpfen und beständige Verbindungen zu schaffen. So blieben auch nach der Auflösung des Shabbeskreises 1989 viele der in seinem Kontext entstanden Verbindungen bis heute erhalten.

Im Laufe der 1980er Jahre sowie unter dem Eindruck der zunehmenden antisemitischen und rassistischen Übergriffe nach der deutschen Wiedervereinigung kommt es zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Migrant_innen, Schwarzen und jüdischen Frauen innerhalb der Frauenbewegung. Von einer Tagung 1989 wird berichtet: »Und plötzlich waren 'wir' viele, nicht mehr allein und voneinander isoliert, sondern sehr wütend. 'Wir' sagten laut, was 'wir' für rassistisch und antisemitisch hielten.« Es wird jedoch auch beschrieben, dass dieses »Wir« ein fragiles und zeitlich begrenztes war.

Ich wünsche mir und anderen Schwarzen und jüdischen Menschen, dass wir aus den Erfahrungen und Erkenntnissen jener Generation von mutigen Schwarzen und jüdischen feministischen Frauen* und Lesben lernen. Ich wünsche uns jeweils sowohl mehr Besinnung auf selbstbestimmte Empowerment-Räume als auch die Klarheit, dass »Bündnisfähigkeit (...) durch eine intensive, beständige, selbstherrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Verstrickung in Herrschaft erreicht« wird.

Berlin, Mitte der 2000er

Filmvorführung des Films »Kaddisch für einen Freund«. Er erzählt von der Freundschaft zwischen dem alten Juden Alexander und dem jungen Palästinenser Ali. Der Film berührt mich sehr, doch eine Szene verärgert mich: Alis »arabische Freunde«, bedrängen ein deutsches blondes Mädchen. Die Szene erinnert mich an nationalsozialistische Propaganda, die Darstellung der Bedrängung des »deutschen blonden Mädels« durch »den Juden«. Mir wird schlecht. Im Publikumsgespräch spreche ich mein Unbehagen an, die Reaktionen vom Moderator und vom Filmregisseur sind zurückhaltend bis relativierend, die des Publikums ablehnend. Ich merke, wie ich zu zittern beginne vor Wut und Enttäuschung über diese Abwehr meiner Kritik.

»Kaddisch für einen Freund« zeigt Möglichkeiten individueller Entscheidungsmacht für oder gegen Versöhnung und Transformation auf. Der Film reproduziert jedoch die rassistische Konstruktion des muslimischen männlichen Jugendlichen als aggressiv und sexuell bedrohlich. Die dramaturgischen und ästhetischen Anleihen an die Konstruktion des männlichen jüdischen Körpers der nationalsozialistischen Propaganda sind offensichtlich.

Ich wünsche mir eine ehrliche Auseinandersetzung mit antimuslimischen Ressentiments innerhalb der jüdischen Communities, die auch die Sozialisation von Juden und Jüd_innen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion berücksichtigt. Ich wünsche uns mehr kritische Analysen des Weißseins sowie weißer Abwehr- und Delegitimierungsstrategien aus einer Schwarzen und jüdischen Perspektive, die eine Selbstkritik des eigenen Weißseins durch weiße Juden und Jüd_innen enthält.



Ich wünsche uns, dass Schwarze Menschen in Deutschland Antisemitismus und israelbezogenen Antisemitismus in ihren Communities klar benennen und ihm entgegenreten. Ich wünsche uns, dass sich jüdische Communities stärker den marginalisierten Stimmen kritischer Juden und Jüd_innen öffnen, die innerhalb ihrer Community zwischen Vereinnahmung und Abwehr stehen. Ich wünsche uns, dass mögliche Bündnisse nicht auf Kosten weiterer anderer Rassifizierter gehen wie muslimischer Palästinenser im Besonderen und Araber_innen im Allgemeinen oder (muslimischer) Geflüchteter. Ich wünsche uns außerdem, dass vielfältige Opfer-Narrative aus Kolonial- und Nazideutschland mehr gehört werden.

Ich wünsche uns, dass unsere Perspektive noch klarer wird, unsere Analyse noch schärfer unser Blick auf uns selbst noch ehrlicher, die Auseinandersetzung mit unserem Schmerz noch tiefer und der Wunsch nach Verbindung noch größer.



05. Mai, U-Bahnhof Görlitzer Park: Ein Mann mit Kippa wird antisemitisch beschimpft.

SERVICETEIL

AMADEU ANTONIO STIFTUNG (AAS)

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der AAS, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. In verschiedenen Projekten spielt die Auseinandersetzung mit täglichem Antisemitismus eine große Rolle.

»Ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit«: Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator_innen bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Jugendarbeit.

Internettool »nichts-gegen-juden.de«: Um Antisemitismus im Internet etwas entgegenzusetzen, hat die AAS die Seite »nichts-gegen-juden.de« gestartet. Das Prinzip ist einfach: Gängige antisemitische Vorurteile werden entlarvt und aufgeklärt.

"No-nazi.net – Radikalisierungsprävention in Sozialen Netzwerken«: Die Seite bietet Hilfe bei allen Formen von hate speech in Sozialen Netzwerken.

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Tel.: 030 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Facebook: <https://www.facebook.com/Aktionswochen>

BERLINER REGISTER

Die Register sind Dokumentationen von Vorfällen, die rassistisch, antisemitisch, LBGTIQ-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch oder auf andere Weise diskriminierend motiviert sind (nicht nur Angriffe, auch Demonstrationen, Aufkleber, Flugblätter) und die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Solche Vorfälle werden von Bürger_innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und von dort an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet.

Koordinierungsstelle Berliner Register

c/o ReachOut

Oranienstr. 159

10969 Berlin

Tel.: 0152 04 42 57 46

E-Mail: info@berliner-register.de

Internetseite: www.berliner-register.de

JÜDISCHES FORUM FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS E.V. (JFDA)

Das JFDA hat die Stärkung des demokratischen Staatswesens durch Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs zum Ziel und setzt sich für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte ein. Das JFDA verfolgt diese Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, vor allem durch die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen sowie durch das Erstellen von Dokumentationen und Studien. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

JFDA e.V.

Postfach: 04 02 07, 10061 Berlin

Tel.: 030 308 754 24

Email: levi.salomon@gmail.com

Internetseite: www.jfda.de

Facebook: <https://www.facebook.com/juedischesforum/>

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN (MBR)

Die MBR bietet all jenen Beratung und Unterstützung an, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien. Ziel der Mobilen Beratung ist die Etablierung einer gelebten demokratischen Kultur sowie eines angstfreien und menschenrechtsorientierten Miteinanders in Berlin. Die MBR ist für Beratungsfälle in allen Berliner Bezirken ansprechbar und hat folgende Zielgruppen: Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen und Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, (Sport-)Vereine, Gewerbetreibende und Verbände.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Gleimstraße 31

10437 Berlin

Tel.: 030 817 985 810

Email: info@mbr-berlin.de

Internetseite: www.mbr-berlin.de

Facebook: <https://www.facebook.com/MbrBerlin/>

REACHOUT

»ReachOut« ist die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. »ReachOut« unterstützt und berät auch Angehörige, Freunde und Freundinnen der Opfer sowie ZeugInnen eines Angriffs. Dabei stehen die Situation und die Perspektive der Opfer im Zentrum der Arbeit. Darüber hinaus bietet »ReachOut« antirassistische und interkulturelle Bildungsprogramme an, recherchiert rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht sie in einer Chronik.

ReachOut

Oranienstr. 159

10969 Berlin

Tel.: 030 695 683 39

E-Mail: info@reachoutberlin.de

Internetseite: www.reachoutberlin.de

Facebook: <https://www.facebook.com/reachoutberlin>

BUNDESWEIT:

»Informationsstelle Antisemitismus Kassel«, c/o Sara Nussbaum Zentrum

Email: informationsstelle@sara-nussbaum-zentrum.de

Internetseite: www.sara-nussbaum-zentrum.de/informationsstelle

Im »Bundesverband Mobile Beratung e.V.« findet eine fachliche Vernetzung aller Mobilien Beratungsteams statt. Auf der Internetseite des Verbands (www.bundesverband-mobile-beratung.de) sind die Regionalbüros aufgeführt. Im »Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt« sind alle Opferberatungsstellen zusammengeschlossen, die sich den 2014 veröffentlichten »Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung« verpflichtet haben. Die Kontakte der regionalen Beratungsstellen finden sich auf der Internetseite www.verband-brg.de

INFORMATIONEN ZU DEN AUTOR_INNEN

Anne Benzing, Jahrgang 1973, ist Diplom-Politologin und arbeitet seit 2004 bei der »Mobilien Beratung gegen Rechts-Extremismus Berlin (MBR)«. Derzeitige Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Beratungen im Themenfeld Antisemitismus und die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards Mobiler Beratung. Seit 2006 ist sie stellvertretende Geschäftsführerin des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.«

Marina Chernivsky studierte in Israel und Berlin Psychologie, Verhaltenswissenschaften sowie Verhaltenstherapie. Seit 2007 leitet sie das Modellprojekt der »Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland« (ZWST) »Perspektivwechsel Plus«. Sie arbeitet zudem als Dozentin und Supervisorin im Bereich der Rassismus- und Antisemitismusprävention, Diversity, Inklusion, Intergenerations- und Dialogarbeit. Seit 2015 ist sie Mitglied im »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Bundestags«.

Anetta Kahane ist Vorsitzende des Vorstands der »Amadeu Antonio Stiftung«. Sie war erste und einzige Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin. 1991 gründete sie die RAA e.V. für die neuen Bundesländer (»Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie«). 1998 gründete Anetta Kahane die »Amadeu Antonio Stiftung«, deren Kuratoriumsvorsitzende sie war. Seit 2003 ist sie hauptamtliche Vorsitzende der Stiftung. Im Sommer 2002 wurde Anetta Kahane mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin ausgezeichnet.

Pasquale Virginie Rotter, geb. 1978 in Wien. Erziehungswissenschaftlerin und freiberuflich tätig als Empowerment-Trainerin für Menschen mit Rassismuserfahrungen, machtkritische Diversity-Trainerin, Moderatorin, ausgebildete Mediatorin und Praktikerin der Grinberg-Methode Stufe 1. Außerdem Bildungsreferentin im Projekt »ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassistuskritische Jugendarbeit« der »Amadeu Antonio Stiftung«.

Benjamin Steinitz, geb. 1983 in Berlin, ist Gründer und Leiter der »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin«. Von 2003 bis 2013 war er als freier Mitarbeiter für die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« tätig. Freiberuflich setzt er mit dem »AK Historisch-politische Bildung“ Projekte zur mediengestützten Vermittlung von lokaler Geschichte um.

Michael Whine ist Direktor für Regierungs- und Internationale Angelegenheiten beim »Community Security Trust«. Außerdem vertritt er als unabhängiges Mitglied Großbritannien bei der »Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz« (ECRI). Während seiner 25-jährigen Tätigkeit als Forscher zu Extremismus, Antisemitismus und Terrorismus bekleidete er verschiedene Funktionen in staatlichen und zwischenstaatlichen Beratungs- und Expertenkommissionen, z.B. für das britische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft.

INFORMATIONEN ZU DEN AUTOR_INNEN

Anne Benzing, Jahrgang 1973, ist Diplom-Politologin und arbeitet seit 2004 bei der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)«. Derzeitige Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Beratungen im Themenfeld Antisemitismus und die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards Mobiler Beratung. Seit 2010 ist sie stellvertretende Geschäftsführerin des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.«

Marina Chernivsky studierte in Israel und Berlin Psychologie, Verhaltenswissenschaften sowie Verhaltenstherapie. Seit 2007 leitet sie das Modellprojekt der »Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland« (ZWST) »Perspektivwechsel Plus«. Sie arbeitet zudem als Dozentin und Supervisorin im Bereich der Rassismus- und Antisemitismusprävention, Diversity, Inklusion, Intergenerations- und Dialogarbeit. Seit 2015 ist sie Mitglied im »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Bundestags«.

Anetta Kahane ist Vorsitzende des Vorstands der »Amadeu Antonio Stiftung«. Sie war erste und einzige Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin. 1991 gründete sie die RAA e.V. für die neuen Bundesländer (»Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie«). 1998 gründete Anetta Kahane die »Amadeu Antonio Stiftung«, deren Kuratoriumsvorsitzende sie war. Seit 2003 ist sie hauptamtliche Vorsitzende der Stiftung.

Pasquale Virginie Rotter, geb. 1978 in Wien. Erziehungswissenschaftlerin und freiberuflich tätig als Empowerment-Trainerin für Menschen mit Rassismuserfahrungen, machtkritische Diversity-Trainerin, Moderatorin, ausgebildete Mediatorin und Praktikerin der Grinberg-Methode Stufe 1. Außerdem Bildungsreferentin im Projekt »ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit« der »Amadeu Antonio Stiftung«.

Benjamin Steinitz, geb. 1983 in Berlin, ist Gründer und Leiter der »Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin«. Von 2003 bis 2013 war er als freier Mitarbeiter für die »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin« tätig. Freiberuflich setzt er mit dem »AK Historisch-politische Bildung« Projekte zur mediengestützten Vermittlung von lokaler Geschichte um.

Michael Whine ist Direktor für Regierungs- und Internationale Angelegenheiten beim »Community Security Trust«. Außerdem vertritt er als unabhängiges Mitglied Großbritannien bei der »Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz« (ECRI). Während seiner 25-jährigen Tätigkeit als Forscher zu Extremismus, Antisemitismus und Terrorismus bekleidete er verschiedene Funktionen in staatlichen und zwischenstaatlichen Beratungs- und Expertenkommissionen, z.B. für das britische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft.

Mai 2015 Straßenverkehr am Großen Stern: Ein Autofahrer mit Kippa wird an einer Ampel erst beleidigt, dann wird mit einem Lieferwagen ein Rammen gegen sein KFZ angedeutet.



IHRE MELDEMÖGLICHKEITEN

info@report-antisemitism.de
www.fb.com/AntisemitismusRechercheBerlin
www.twitter.com/Report_Antisem
T 0152 – 133 621 98



www.report-antisemitism.de



Das Logoprogramm